

US-Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien

Kurt Beck: Abrüstung ist das Gebot der Stunde

In Deutschland und in anderen Teilen der Welt läuft eine Debatte über die Pläne der US-Amerikaner, ein neues Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien zu installieren. Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck hat angemahnt, in dieser Debatte mehr über Abrüstung zu sprechen und nicht über neue Raketen in Europa.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Welt dramatisch verändert: Nach der deutschen und europäischen Wiedervereinigung besteht die Chance gemeinsam mit neuen Partnern, die einstmals Gegner waren, unsere „Eine Welt“ friedlicher und gerechter zu machen.

Aber die Welt ist auch mit neuen Bedrohungen konfrontiert:

- mit einem menschenverachtenden Terrorismus,
- mit fundamentalistischen Bewegungen, die sich weltweit ausbreiten,
- mit der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die die Gefahr vergrößert, dass auch nicht-staatliche Akteure in den Besitz solcher Waffen gelangen könnten,
- mit Klimawandel, Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit und den daraus entstehenden neuen Konflikten, die immer mehr zu „harten“ Sicherheitsfragen werden,
- mit einer globalen Armut, die für uns alle beschämend ist und
- mit zerfallenden Staaten, die ganze Regionen in Krisen stürzen können.

Zu den einstmals fünf offiziellen Atommächten sind neue hinzugekommen: Indien und Pakistan haben vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine Atombombe gezündet. Nordkorea betreibt ein Atomprogramm und hat den Atomwaffensperrvertrag gekündigt, auch wenn in letzter Zeit wieder Bewegung in die Verhandlungen gekommen ist. Der Iran hat die Zweifel der internationalen Gemeinschaft über sein Atomprogramm nicht ausgeräumt. Und auch in anderen Staaten wird laut über Atomprogramme nachgedacht.

Die Welt am Scheideweg

Die Welt steht an einem Scheideweg: Wir müssen uns entscheiden, wie wir mit der scheinbar ungezügelt weiterverbreiteten Massenvernichtungswaffen umgehen wollen.

- Die USA wollen einen weltweiten Abwehrschirm errichten, der verhindert, dass Raketen ihr Territorium erreichen können. Hierfür haben sie bislang bereits 100 Milliarden Dollar investiert. Auch Europa soll von dem Raketenschirm profitieren und zum Beispiel vor iranischen Langstreckenraketen geschützt werden.
- Oberstes Ziel unserer Anstrengungen ist es, mit präventiver Diplomatie – und das schließt Druck mit ein – Bedingungen zu schaffen, dass

interessierte Staaten auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie verzichten.

Die ehemaligen US-Außenminister Georg Shultz und Henry Kissinger und der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry haben jüngst dazu aufgerufen, dass die Atommächte ihren Abrüstungsverpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag ernst nehmen müssen und nicht durch unbedachtes Handeln die bestehende Abrüstungsarchitektur weiter erodieren lassen.

Der Atomwaffensperrvertrag

Mit dem Atomwaffensperrvertrag haben wir ein Regelwerk gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen. Der Vertrag verpflichtet die Unterzeichner-Staaten, die keine Atomwaffen haben, keinen Besitz von Atomwaffen anzustreben und die Atommächte, ihre atomaren Arsenale abzubauen.

Der Vertrag ist weltweit von nahezu allen Staaten unterzeichnet worden. Zu den 189 Unterzeichnerstaaten gehören auch die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien. Der Vertrag, der 1970 in Kraft trat, wurde von Deutschland bereits 1969 zu Beginn der Kanzlerschaft Willy Brandts unterzeichnet.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) wacht über die Einhaltung der Vertragsverpflichtungen. Hierfür haben sie und ihr Generaldirektor El Baradei 2005 den Friedensnobelpreis erhalten.

Deshalb ist es keine Utopie wenn die SPD sagt: Wir halten am langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest. Wir fordern die Umsetzung der Vertragsverpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag. Nur wenn wir selber glaubhaft an Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung festhalten, sind wir bei entsprechenden Forderungen an Andere glaubwürdig.

Unsere Ziele

- Wir müssen alles tun, um eine neue Rüstungsspirale zu verhindern. Die aktuelle Diskussion über das Raketenabwehrsystem zeigt aber, dass genau eine solche Gefahr droht. Das müssen wir ernst nehmen.
- Deshalb gehört das Thema in der EU und der NATO ganz oben auf die Tagesordnung. Es ist keine Angelegenheit von zwei oder drei Staaten alleine. Und natürlich muss auch intensiv mit Russland gesprochen werden. Eine Spaltung Europas muss verhindert werden. Nachdem der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hierauf hingewiesen hat, hat dies auch die Bundeskanzlerin eingeräumt.
- Bei aller Berechtigung, sich zu schützen, müssen auch die politischen Folgen kalkuliert werden. In der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 21. März 2007 hat SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier ausgeführt: *„Mit militärischer Überlegenheit allein lassen sich weder Freundschaft noch Frieden erzwingen. Darum bitte ich die USA, den Preis für eine im Streit durchgesetzte Stationierungsentcheidung genau zu bedenken, zumal es die iranischen Langstreckenwaffen, gegen die sie gerichtet sein sollen, noch nicht gibt. Die Gefahr einer Spaltung Europas und der NATO und ein Russland, das in alte Reflexe verfällt, wären aus meiner Sicht ein sehr hoher Preis.“*

Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck hatte bereits zuvor auf einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung gesagt: *„Es ist ein Irrglaube, dass mehr Waffen zu mehr Sicherheit führen. Wir brauchen nicht mehr Raketen, sondern wir brauchen noch mehr Anstrengungen, um Vertrauen zu schaffen und Misstrauen abzubauen.“*

Und auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2007 forderte Beck: *„Rüstungskontrolle muss erneut ein wichtiges Ordnungsprinzip in den internationalen Beziehungen werden.“*

Was wir tun

- Schon Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich mit großem Engagement dafür eingesetzt, Verhandlungen mit dem Iran über sein Atomprogramm zu führen. Frank-Walter Steinmeier setzt dies mit seinen amerikanischen, britischen, französischen, russischen und chinesischen Kollegen mit großem Nachdruck fort. Wir wollen keinen atomar bewaffneten Iran, auch, weil dies eine neue Rüstungsspirale in Gang setzen könnte.
 - Bereits bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag zur Bildung der Großen Koalition haben wir folgende Formulierung durchgesetzt: *„Vertraglich abgesicherte Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zentrale Anliegen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir halten an dem langfristigen Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest. Wir setzen uns für nukleare Abrüstung und die Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes ein. Wir treten dafür ein, die Rolle internationaler Organisationen wie der IAEO zu stärken. Internationale Fähigkeiten zur Überwachung und Verifizierung der Vertragsregime sowie zur Durchsetzung der Vertragstreue müssen verbessert werden. Im Konflikt um das iranische Nuklearprogramm ist unser Ziel eine Lösung auf dem Verhandlungswege.“*
 - Im Sommer 2006 hat die SPD eine internationale Abrüstungskonferenz im Willy-Brandt-Haus durchgeführt. Hieran nahm der IAEO-Generaldirektor und Friedensnobelpreisträger Mohamed El Baradei teil. Bei dieser Konferenz stellte Kurt Beck seinen Vier-Punkte-Plan zur Wiederbelebung der internationalen Abrüstung vor: Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages; Stärkung internationaler Nichtverbreitungsregime; Verbot des Einsatzes von Atomwaffen; Stärkung der konventionellen Abrüstung.
 - Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Thema Abrüstung und Nichtverbreitung im Rahmen der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft im Jahr 2007 auf die internationale Tagesordnung gesetzt wird. Außenminister Frank-Walter Steinmeier setzt dies um.
 - Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat am 7. März 2007 unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Martin Schulz die europäischen Staats- und Regierungschefs nachdrücklich aufgefordert, sich für weitere Abrüstungsschritte einzusetzen.
 - Das SPD-Präsidium hat am 12. März 2007 einen Beschluss unter dem Titel: „Abrüstung stärken – neue Aufrüstung verhindern“ einstimmig verabschiedet (s. unten). Der Parteivorstand wird am 26. März 2007 diesen Beschluss weiter beraten.
 - Im Rahmen unserer Grundsatzprogrammdebatte werden wir das Thema Abrüstung vertiefen.
- Wir wollen Europa als soziale Friedensmacht ausbauen. Abrüstung ist das Gebot der Stunde. ■**

Beschluss des Präsidiums der SPD

Abrüstung stärken – neue Aufrüstung verhindern

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in seiner Sitzung am 12. März 2007 folgenden Beschluss gefasst:

Wir legen unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik einen kooperativen Sicherheits-

begriff zugrunde, der neben militärischer Vorsorge auf Dialog, Diplomatie, Abrüstung, Prävention sowie nachhaltige und faire Globalisierung setzt.

Auch bei notwendigen militärischen Einsätzen legen wir unseren umfassenden Sicherheitsbe-

griff zu Grunde. Nachhaltige Konfliktlösung kann nur im Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts erreicht werden, das ökonomische und entwicklungspolitische Aspekte einschließt. Aus diesem Grund unterstützen wir die Mittelaufstockung für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan, die insbesondere Frank-Walter Steinmeier und Heidi Wiecek-Zeul durchgesetzt haben. Deutschland ist schon jetzt der viertgrößte Geber von Wiederaufbauhilfe für Afghanistan. Wir werben dafür, dass der zivil-militärische Ansatz in der NATO einen höheren Stellenwert erhält.

Zu der engen Partnerschaft innerhalb der EU und NATO gibt es keine Alternative. Wir teilen gemeinsame Werte und haben gegenseitige Verantwortung übernommen. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir auch auf Kooperation mit Staaten, die nicht in der EU oder in der NATO sind. Der strategischen Partnerschaft mit Russland kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Nur gemeinsam mit Russland werden wir die drängenden internationalen Probleme lösen können. Wir wollen enge Bindungen zum russischen Volk, das sich frei und selbstbestimmt entwickeln muss.

Die Frage der Abrüstung ist eine zentrale Zukunftsfrage für unseren Planeten. Wir stehen an einem Scheideweg: entweder es gelingt uns, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern oder es ist eine Frage der Zeit, wann auch nicht-staatliche Akteure in den Besitz dieser Waffen kommen werden.

Die Fortschritte im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche über Nordkorea sind zu begrüßen. Die getroffenen Vereinbarungen müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Hierbei spielen auch die EU und die deutsche EU-Präsidentschaft eine wichtige Rolle. Der Wandel der amerikanischen Politik hin zu bilateralen Gesprächen, wirtschaftlichen Anreizen und Sicherheitsgarantien sollte auch im Fall Irans Wirkung zeigen.

Die internationale Gemeinschaft hat zu Recht ein Signal an den Iran ausgesendet, dass sein Verhalten in der Atomfrage nicht hinnehmbar

ist. Europa ist zusammen mit den Vereinigten Staaten, China und Russland mit konkreten Vorschlägen weite Wege gegangen und hat dem Iran Brücken gebaut. Wir erwarten hierauf eine konstruktive Antwort. Militärische Optionen im Iran-Konflikt schließen wir aus.

Sicherheit kann nur gemeinsam mit unseren EU- und NATO-Partnern erreicht werden. Eine enge Konsultation bei strategischen Fragen ist dringend erforderlich. Die Diskussion über eine neue Raketenabwehr, die auch in Europa stationiert werden soll, ist eine solche strategische Frage.

Nur durch intensive Konsultationen sind Missverständnisse vermeidbar. Während die Vereinten Staaten von Amerika auf den defensiven Charakter der neuen Raketenabwehr hinweisen, die sich nicht gegen Russland richtet, hat die russische Regierung eine mögliche Stationierung als Bedrohung bezeichnet und Gegenmaßnahmen angekündigt. Diese unterschiedlichen Positionen müssen aufgearbeitet und auch im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen Europas in Einklang gebracht werden. Dafür bedarf es eines offenen und vertrauensvollen Austausches zwischen der NATO und Russland. Neben sicherheitspolitischen Erfordernissen und der technischen Machbarkeit des geplanten Abwehrsystems dürfen abrüstungspolitische Folgen nicht außer Acht gelassen werden.

Die dramatische Steigerung einiger nationaler Rüstungshaushalte lehnen wir ab. Vielmehr setzen wir uns dafür ein, Abrüstung wieder auf die europäische und internationale Tagesordnung zu setzen und sie erneut zu einem Ordnungsprinzip in den internationalen Beziehungen zu machen.

■ Wir halten an der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest (atomar, biologisch, chemisch) und treten nachdrücklich für das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt ein. Wir wollen auch regionale Abrüstungsinitiativen, vor allem in Konfliktregionen, voranbringen, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten.

- Wir wollen weder eine neue Rüstungsspirale durch Modernisierung vorhandener Waffensysteme noch eine Gefährdung bestehender Abrüstungsvereinbarungen.
- Wir fordern vielmehr die Stärkung vertragsgestützter internationaler Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime, Multilaterale Verträge setzen den richtigen Rahmen zur Lösung von Konflikten mit globaler Dimension.
- Deshalb wollen wir die konsequente Umsetzung beider Seiten des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages: Nicht nur Nichtverbreitung, sondern ebenso weitere Abrüstung! Der Vertrag verpflichtet die Staaten, die keinen offiziellen Atomwaffen-Status haben, auch keinen Besitz von Atomwaffen anzustreben und gleichzeitig sind die offiziellen Atommächte aufgerufen, ihre atomaren Arsenale abzubauen.
- Wir setzen uns für die Stärkung der internationalen Nichtverbreitungsorganisationen ein, insbesondere der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien und der Organisation für das Verbot der Chemiewaffen (OVCW) in Den Haag.
- Wir treten ebenso für die Stärkung der konventionellen Abrüstung ein: bei der Kontrolle von kleinen und leichten Waffen und ebenso bei dem Ziel, bis 2008 einen Vertrag über das Verbot des Einsatzes, der Produktion, Weitergabe und Lagerung von besonders grausamer Streumunition abzuschließen.
- Wir sind einer restriktiven Rüstungsexportpolitik verpflichtet.